**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 82 (2002)
**Heft:** 2

**Artikel:** Ein Plädoyer für die Globalisierung
**Autor:** Borner, Silvio
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-166659

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 11.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Ein Plädoyer für die Globalisierung

**Silvio Borner,** geboren 1941, studierte Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule St. Gallen, 1969 Promotion zum Dr. oec., 1973 Habilitation an der Universität St. Gallen. Von 1974 bis 1978 Ordentlicher Professor für Volkswirtschaft an der Universität St. Gallen, seit 1978 Ordentlicher Professor an der Universität Basel und Vorsteher des Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrums (WWZ) in Basel.

*Die Schweiz steht vor dem Entscheid, ob sie der Uno beitreten soll. Wirtschaftliche Globalisierung ist ein Prozess, der sich relativ unabhängig von bestehenden politischen Strukturen abspielt, der aber nicht ohne wechselseitige Auswirkungen bleibt. Der alte Satz «Stadtluft macht frei» kann mit guten Gründen durch den Satz «Weltluft macht frei» ersetzt werden, ein Motto, das man sowohl den wirtschaftlichen als auch den politischen Globalisierungsgegnern und -verweigerern ins Stammbuch schreiben sollte.*

Der Begriff Globalisierung spielt seit einigen Jahren in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen wie auch in den Medien und der Politik eine überragende Rolle: Reduziert man Globalisierung auf den einfachsten gemeinsamen Nenner, so geht es um die weltumspannende Integration von Märkten für Güter und Dienstleistungen, Produktionsfaktoren wie insbesondere Kapital und Wissen. Die internationalen Mobilitätshindernisse werden niedriger oder verschwinden, sodass die durch die staatlichen Grenzen bedingten «Transaktionskosten» sinken, sei es weil die Zölle abgebaut werden, die Freizügigkeit des Kapitals erlaubt wird oder weil die Transport- und Kommunikationskosten abnehmen.

Am weitesten fortgeschritten ist die Globalisierung beim Handel mit Industriegütern, gefolgt von der Kapitalverflechtung via Portfolio- und Direktinvestitionen. Aber auch Wissen und Information sind Produktionsfaktoren mit hoher internationaler Mobilität geworden. Demgegenüber ist die Migration der Menschen trotz aller politischen Aufregung ein marginales Phänomen geblieben.

Die rasant ansteigenden internationalen Markttransaktionen weisen zwei Triebkräfte auf: die Technologie und die Politik, wobei eben meines Erachtens der politische Wille weit stärker war als die technologische Automatik. Mit anderen Worten: die Globalisierung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war eine politisch gewollte und demokratisch legitimierte. Die Schaffung des Gatt, später der WTO, die Abschaffung von Kapitalkontrollen, wie die Bildung von grossen Integrationsräumen wie Efta, Nafta oder EU beruhen allesamt auf politischen Entscheidungen demokratisch legitimierter Regierungen. Dabei waren politische Ziele die letzten Motive – nicht zuletzt auf dem Hintergrund der katastrophalen De-Globalisierung zwischen 1918 und 1945.

### Ist die Globalisierung neu?

Die Schweiz war vor dem Ersten Weltkrieg in mancherlei Beziehung eher globalisierter als heute. Der Kapitalverkehr und die Einwanderung waren völlig frei, und die Import- und Exportanteile der Zeit vor 1914 wurden erst vor kurzem wieder erreicht.

Käme in den folgenden Zitaten nicht immer wieder der verräterische Begriff *«Bourgeoisie»* vor, man würde als Quelle wohl nicht auf das «Manifest der Kommunistischen Partei» aus dem Jahre 1848 tippen. *«Die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeois-Epoche vor allen früheren aus. Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst. (...) Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. (...) Sie hat zum grossen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füssen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich ver-*

*braucht werden. Die Bourgeoisie reisst durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schiesst.»*

*Marx* und *Engels* haben die politische und ökonomische Dynamik der Globalisierung im Kern richtig erkannt und sich nur – aber dafür gewaltig – in der Prognose des kapitalistischen Zusammenbruchs geirrt. Die befreiende Wirkung des Weltmarkts lässt sich historisch gut nachweisen und theoretisch ebenso gut begründen. Deshalb lautet meine Devise: Nicht die Globalisierung ist eine Gefahr für die freie Gesellschaft, sondern, im Gegenteil, die politisch-ideologische Gegenreaktion. Das war schon nach der letzten Jahrhundertwende so. Erst der nationale und soziale *backlash* gegen die offene Weltwirtschaft vor dem Ersten Weltkrieg führten zu den nationalsozialistischen und sowjetkommunistischen Katastrophen, welche das 20. Jahrhundert so tragisch überschattet haben.

*Globale Integration der Märkte findet statt, weil in einer liberalen Ordnung die Menschen frei sind, ihre eigenen Ziele zu verfolgen.*

### Ist die Globalisierung «gut»?

Der Staat besitzt das Gewaltmonopol für die Setzung und Durchsetzung der Spielregeln. Am Markt dann wickeln die Staatsbürger – gestützt auf ihre staatlich garantierten Eigentums- und Vertragsrechte – ihre Geschäfte ab. Ohne Staat kein Markt. Das ist jedem echten Liberalen völlig klar. Leider ist derselbe Staat jedoch nicht nur der Garant der individuellen Freiheit, sondern auch deren grösste Bedrohung. Globalisierung bedeutet, dass sich Märkte für den Informations-, Güter- und Kapitalaustausch über die Grenzen der Territorialstaaten hinaus emanzipieren. Das ist *erstens* – wie wir schon gesehen haben – nicht so neu und *zweitens* ökonomisch vorteilhaft, aber *drittens* politisch ganz heilsam.

Mein Plädoyer besteht aus *Two Cheers* für die Globalisierung. Der erste ist ökonomischer Natur: Seit *Adam Smith* und *David Ricardo* besagt das wohl unangefochtenste Kernstück der ökonomischen Theorie, dass die internationale Handels- und Kapitalverflechtung den Wohlstand aller daran beteiligten Länder erhöht. Internationale Wirtschaftsbeziehungen sind ein «Positivsummen-Spiel». Darüber sind sich nun wirklich (fast) alle Ökonomen im Prinzip einig.

Der zweite *Cheer* ist politischer Art: Die Offenheit der Wirtschaft setzt den nationalen Regierungen Schranken. Aber das ist eben im Prinzip gut so, weil autoritäre Regimes ohnehin ihre eigene Bevölkerung ausbeuten. Aber auch demokratische Staaten haben leider die leidige und schleichende Tendenz, zu gigantischen und verschwenderischen Versorgungs- und Umverteilungsmaschinen zu verkommen. Die DDR schien trotz ihrer bodenlosen Ineffizienz so lange stabil, als das Regime die eigene Bevölkerung hinter hohen Mauern einsperren konnte. Was in der DDR «Republikflucht» hiess oder bei uns von gewissen Kreisen als «Kapitalflucht» bezeichnet wird, sind legitime und wirksame Reaktionen auf einen schlechten Staat bzw. eine schlechte Politik.

### Problematische Befürworter

Der ökonomische Fall ist also klar: Globale Integration der Märkte findet statt, weil in einer liberalen Ordnung die Menschen frei sind, ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Wenn nun die moderne Technologie mehr und mehr die politischen Staatsgrenzen sprengt, dann haben diese Menschen die freie Wahl, auch internationale Transaktionen durchzuführen. Also: Die Globalisierung ist die Folge von freien Entscheidungen der Akteure in der Wirtschaft. Und als solche wird sie für alle wohlfahrtssteigernd ausfallen, die sich in dieser Weise freiwillig «globalisieren». Trotzdem steht die Globalisierung im Kreuzfeuer der Kritik und ihre Verteidiger wehren sich zum Teil mit schwachen und falschen Argumenten. *«Who needs enemies with friends like that?»*, ist man versucht zu fragen.

Wer steht denn für die Globalisierung ein? M&M, also Magistraten und Manager zur Hauptsache. Leider ist deren Wirken häufig kontraproduktiv, wie das Fiasko von Seattle, Davos oder Genua lehrt. Nicht nur wird mit solchen «Gipfeltreffen» der falsche Eindruck erweckt, dass hier die Weltwirtschaft «gemanagt» wird, sondern die Argumente von Magistraten

und Politikern sind häufig zweischneidig – weil zweideutig.

Magistraten und Politiker interpretieren die Globalisierung als unausweichliche und wohl auch unglückliche Konsequenz der globalen Marktkräfte oder der supranationalen Institutionen. Überdies ist es eine bequeme Politstrategie, hausgemachte Fehler oder Versäumnisse der «bösen» Globalisierung anzulasten.

Aber auch die Manager sind meist schlechte «Globalisierungs-Verkäufer». Behaupten Manager von privaten Multis, dass sie nicht wirklich den Unternehmungswert maximieren wollen, dann glauben wir ihnen dies eben zu Recht nicht, und wenn einzelne Manager effektiv so handeln (wie z.B. bei der Swissair), dann sollten wir deren Aktien schleunigst abstossen, weil ohne komfortable und kontinuierliche Gewinne Unternehmen, die im Wettbewerb stehen, untergehen. Allzu oft und allzu leichtfertig verbünden sich Manager mit staatlichen Bürokraten und privaten NGOs, um Märkte so zu regulieren, Konkurrenten auszuschalten, oder Intransparenzen einzuführen, dass der Gewinn einfacher zu maximieren ist als vorher.

Immer, wenn Politiker, Manager und NGOs sich verbandeln, um moralische Leitlinien oder gar rechtliche Leitplanken aufzustellen, dann ist leider eines sicher: Es kommt sicher das Gegenteil von Liberalisierung heraus. Die Politiker bescheren sich neue Regulierungen, die Multis neue Schutzmechanismen vor dem Wettbewerb, und die NGOs verdienen sich ihre gesellschaftliche Anerkennung. So betrachtet, werde ich dem *«Spirit of Davos»* keine Träne nachweinen, denn die Steuerzahler und Konsumenten haben in Davos nichts verloren, wohl aber viel zu verlieren.

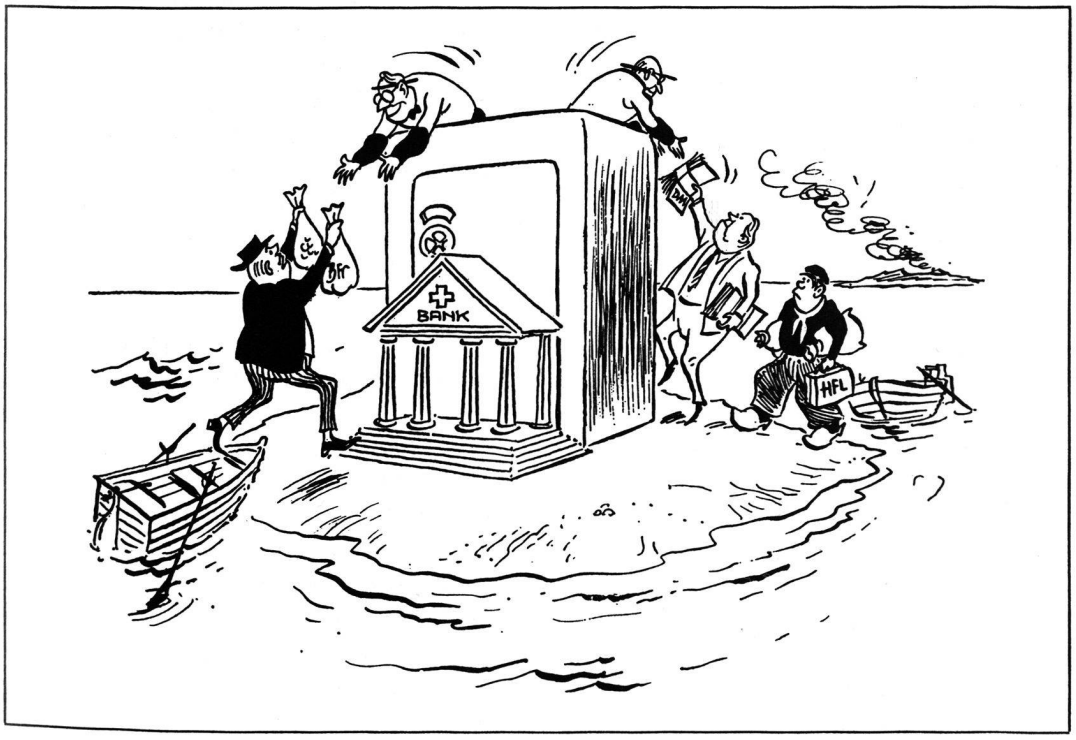
### Die Gegner: Ignoranz, Ideologie und Interessen

Wenn schon die Globalisierungs-Befürworter mit zweifelhaften Argumenten operieren, so tun dies die harten Globalisierungs-Gegner eigentlich ohne Argumente. Ihre Positionen sind geprägt durch die drei grossen I: Ignoranz, Ideologie und Interessen. Eine konsistente intellektuelle Argumentation fehlt. Zusammengehalten werden die so genannten Globalisierungsgegner durch

- grundsätzliches Misstrauen gegenüber Märkten;
- instinktive, kollektivistische Neigungen und Einstellungen;
- Vorliebe für moralisierende Antworten auf Sachfragen;
- hohe Präferenz für Protestaktionen.

Die marktwirtschaftliche Ordnung ist von zwei Seiten unter ständigem Druck. Auf der einen organisieren sich Sonderinteressen, die den Staat zu ihrem eigenen

*Überdies ist es eine bequeme Politstrategie, hausgemachte Fehler oder Versäumnisse der «bösen» Globalisierung anzulasten.*



Vorteil einspannen. Auf der anderen entwickeln sich Ideologien, welche die marktwirtschaftlichen Prinzipien als unethisch, unsozial oder unchristlich ablehnen. Der Wettbewerb als Kernelement der Marktwirtschaft ist leider unpopulär, und zwar sowohl bei den Marktteilnehmern selbst, die ihm schonungslos ausgesetzt sind, wie auch bei den Intellektuellen, die seine Funktionsweise nicht verstehen wollen, weil eine freiheitlich organisierte Gesellschaft elitäre oder utopische Gesellschaftsentwürfe gar nicht braucht.

Weder die Wirtschaft noch die intellektuelle Elite sind also zuverlässige Garan-ten für Wirtschaftsfreiheit und Marktordnung. Gerade die Wirtschaft selbst versucht immer und immer wieder durch Bildung wirtschaftlicher und politischer Kartelle, den Wettbewerb zu beschränken: Der Ökonom spricht hier von *«Rent-Seeking»*, von der Suche nach unverdientem Einkommen. Dies ist nicht moralisch zu verdammen, jedoch ordnungspolitisch zu bedauern. Denn mit jedem Privileg, mit jeder Pfründe, mit jeder Bevorzugung im Wettbewerb entstehen neue Renten, die sofort zu legitimen Besitzständen und entsprechend mit Zähnen und Klauen politisch verteidigt werden. Und der ganze Aufwand zur Erlangung und Verteilung dieser Renten ist pure volkswirtschaftliche Verschwendung.

Je mehr Interventionen einmal zugelassen sind, desto schwieriger wird es, auch nur eine einzige zu beseitigen. Viele sind im Prinzip für die Globalisierung und damit Liberalisierung und Deregulierung, aber keiner möchte, dass gerade bei ihm angefangen wird. Die Ausflüchte, die dabei vorgebracht werden, zeugen von einer beinahe unbegrenzten Phantasie der Profiteure – und leider auch einer ebenso grossen Naivität all der vielen, die auf diese Scheinargumente hereinfallen.

*Je mehr Interventionen einmal zugelassen sind, desto schwieriger wird es, auch nur eine einzige zu beseitigen.*

### Das Gespenst «Globaphobie»

Ein Gespenst geht um in Europa: die Globaphobie. Wie seine marxistischen Vorläufer ist es ein politisch-ideologisches Monster, das sehr viele Menschen in seinen Bann zu schlagen vermag. Die sogenannte «Globalisierungsfalle» ist heute der Sammelpunkt für ehemalige Sozialisten, die ja ihre ursprüngliche Religion begraben mussten, weil anstelle eines kapitalistischen Weltuntergangs ihr sozialistisches Himmelreich auf Erden kollabierte. Der Kapitalismus funktioniert offensichtlich: *«Aber er terrorisiert die Politik, schadet den Menschen und zerstört die Nationen.»* Das ist die neue Losung! Die französische Literaturwissenschaftlerin *Viviane Forrester* nennt ihren Welterfolg denn auch «Terror der Ökonomie». *Adolf Muschg* bezeichnet Globalisierung als *«einen faulen Zauber, mit dem uns Raum und Zeit gestohlen werden können, unter dem merkwürdigen Vorwand, sie einzusparen». «Wir werden, wenn wir auf dem Markt bleiben wollen, immer weniger höflich eingeladen, uns zu verflüchtigen, entleiben, virtualisieren; die einen aus galoppierender Zeitnot, die anderen – immer mehr andere – aus einem Überfluss toter Zeit. Kommunikationsgesellschaft: das ist, wenn immer mehr Leute, die immer weniger zu sagen wissen, mit einer Technik ausgestattet werden, dies immer schneller zu tun – ortsunabhängig, simultan.»*

Die faktische Evidenz zeigt jedoch genau das Gegenteil, und zwar

- Die geographische und inhaltliche Expansion der Märkte erhöht die Souveränität des Konsumenten in qualitativer und quantitativer Hinsicht.
- Die Globalisierung der Medien ist der grösste Fortschritt zugunsten von Freiheit und Demokratie in rückständigen und autoritären Ländern.
- Die Staats- und Fiskalquoten der OECD sind mit wenig Ausnahmen in den 90er Jahren weiter und, wie in der Schweiz, beschleunigt angestiegen.
- Die Sozialausgaben sind die Ausgabenkategorie, die am schnellsten wächst.

Noch in den Achtzigerjahren wollte unsere SP Schweiz das jugoslawische Selbstverwaltungs-Modell anstelle der Marktwirtschaft einführen. Jetzt geisselt man «nur» noch ihre Auswüchse und führt all diese auf die «Globalisierung» zurück. Alle diejenigen Menschen, die in der Globalisierung der Menschenrechte, der Information und Kommunikation einen echten Fortschritt erkennen, sollten sich auch vor der wirtschaftlichen Globalisierung nicht fürchten; denn zum einen sind in einer Dienstleistungsgesellschaft der Globalisierung recht enge Grenzen gesetzt. Zum anderen aber ist die Herausforderung des Nationalstaats des 19. Jahrhunderts durch den Weltmarkt alles andere als ein Unglück.

### Verdrängt die Globalisierung der Wirtschaft den Staat?

Beginnen wir mit ein paar Fakten: Die Staatsquote ist im OECD-Durchschnitt im Globalisierungs-Jahrzehnt von 1990–2000 um fast 10 Prozent angestiegen. Der Staat wächst und gedeiht offensichtlich prächtig – trotz oder vielleicht gerade wegen der Globalisierung.

Und weil bekanntlich alle OECD-Länder demokratisch regiert werden, entspricht dies ebenso offensichtlich dem mehrheitlichen Wählerwillen. Der vielzitierte *«Race to the Bottom»* in der Sozialpolitik ist höchst unwahrscheinlich und empirisch leicht zu falsifizieren. Denn die Globalisierung schafft Wohlstandsdividenden, für die gerade wegen der Globalisierungsängste – z.B. vor Verlust des Arbeitsplatzes – eine rege politische Nachfrage entsteht. Produktivitätsmindernde sozialpolitische Massnahmen, wie etwa zu viel Kündigungsschutz oder zu lange Bezugsdauern bei der Arbeitslosenversicherung, drücken die Realeinkommen herunter, und zwar mit und ohne Globalisierung. Es gibt keinen vernünftigen Grund zu erwarten, dass die internationale Konkurrenz die Finanzierung der Sozialpolitik erschwere. Analoges gilt für die Umweltpolitik. Sozial- und Umweltpolitik sind in den höchstentwickelten und auch am stärksten internationalisierten Volkswirtschaften absolut und relativ am stärksten ausgebaut. Richtig konzipiert, stärken sie den Standort. Wenn ein Land echte Investitionen für die soziale Kohäsion, die politische Stabilität oder die Qualität der Umwelt macht, dann wird dies die Standortattraktivität für Kapital erhöhen (und nicht senken). Aber nur, wenn diese Politik zielführend ist! Wenn ein Land jedoch Milliarden von Steuergeldern in unrentable Alternativenergien lenkt, eine konkursite Airline rettet oder kontraproduktive Sozialpolitik betreibt, dann ist dies natürlich nicht der Fall. «Schlechte Politik» in Form von Vergeudung öffentlicher Mittel drückt auf die Produktivität und den Wohlstand. Aus der internationalen Arbeitsteilung fliegt man deswegen nicht raus. Falls also die Schweizer mehrheitlich ihre Steuer-Milliarden lieber in die Landwirtschaft, die Swissair oder die Expo buttern wollen als z.B. in die Bildung, Forschung, Umschulung usw., dann können sie das mit oder ohne Globalisierung. Sie allein aber tragen die Konsequenzen in Form eines (relativ) sinkenden Lebensstandards. Effizienz ist wichtig; aber in der Tat nicht alles. Wir können demokratisch abstimmen, die Sommerzeit nicht einzuführen, den Elektrizitätsmarkt nicht zu öffnen, partout 3000 Poststellen zu behalten, die Swisscom und die Swissair als nationale Monopole zu erhalten, die Ladenöffnungszeiten zu beschränken – all das wird die internationale Konkurrenz wenig interessieren, weil der Schaden uns selbst trifft.

*Es gibt keinen vernünftigen Grund zu erwarten, dass die internationale Konkurrenz die Finanzierung der Sozialpolitik erschwere.*

### Globale Profitmaximierung auf Kosten der Menschen?

Diese These wird sogar von moderaten so genannten *Stakeholder*-Anhängern im Brustton der Überzeugung vertreten. Die Maximierung des *Shareholder-Value* stellt angeblich dieses Ziel höher hin als die Interessen der Arbeitnehmer, Konsumenten oder Lieferanten.

Diese Fragestellung ist *a priori* die falsche, die richtige ist eine andere: Welches Unternehmerverhalten führt zur geringsten gesellschaftlichen Verschwendung von knappen Ressourcen? Und nicht, ob gewisse Gruppen gegenüber anderen privilegiert werden sollen. In einem Modell mit unendlichem Zeithorizont und konstanten *Cash-Flow*-Strömen ist das Ziel der Profitmaximierung identisch mit dem allgemeineren Ziel der Maximierung des Unternehmenswertes *(Shareholder Value)*.

Was macht ein multinationales Unternehmen? Es beschafft sich Ressourcen und Arbeitskräfte zu Wettbewerbspreisen, welche die Opportunitätskosten reflektieren. All diese Beschaffungsprozesse sind «freiwillig», und zwar für beide Seiten des Marktes. Dasselbe Unternehmen setzt nun die mit diesen Ressourcen und Inputs erzeugten Güter und Dienstleistungen wieder weltweit zu den jeweiligen Marktpreisen ab. Ein Profit entspricht der Differenz zwischen Input-Kosten und Output-Erlös und erhöht die globale soziale Wohlfahrt, weil offensichtlich die Konsumenten den Output dieser Firma höher bewerten, als die in der Produktion verwendeten Inputs gekostet haben.

Das gilt natürlich nicht, wenn wir Monopole oder negative Externalitäten haben. Aber Monopole und negative Externalitäten sind keine Folgen der Globalisierung, sondern hausgemacht. Die *First-Best*-Lösung dagegen ist deshalb nicht Protektionismus, sondern Wettbewerbspolitik bzw. eine Internalisierung der externen Kosten an der Quelle. Wer unter Wettbewerbsbedingungen den Unternehmenswert nicht steigert, verschwendet knappe Ressourcen, z.B. in Form von exorbitanten Managerbezügen. Die viel beklagte Masslosigkeit der Manager ist somit nicht eine Folge des *Shareholder*-denkens, sondern dessen Missachtung unter dem Deckmantel von *Stakeholder*-interessen.

Dass somit die Globalisierung der Märkte die globale Wohlfahrt erhöht, ist ökonomisch unangreifbar. Richtig ist hingegen, dass aus der Globalisierung wie auch aus dem technischen Fortschritt Verteilungswirkungen resultieren, die auch Verlierer zurücklassen. Der Effizienzgewinn besteht gerade darin, dass ein relativ teurer Arbeitsplatz im Industrieland durch einen viel billigeren in einem Schwellenland ersetzt wird. Das ist aber keine Ausbeutung in der dritten Welt, weil der relativ tiefe Lohn das entsprechend tiefe Produktivitäts-Niveau widerspiegelt. Die Mehrnachfrage nach Arbeit in der Dritten Welt führt dort zu Lohnsteigerungen. Würden die Multis in den armen Ländern nicht investieren, wären dort die Löhne nur noch tiefer. Und wollte man die Multis zwingen, gleiche Löhne wie hier zu bezahlen, so würden sie dort nichts investieren. Die niedrige Produktivität in den Entwicklungsländern hat viele Ursachen wie schlechte Ausbildung, fehlende Infrastruktur, Korruption und Krieg. Mit Globalisierung hat das *a priori* nichts zu tun. Nordkorea ist wohl das am wenigsten globalisierte Land, aber die Leute sind massenweise am Verhungern. Alle Länder, die den wirtschaftlichen Aufholprozess erfolgreich in Gang gesetzt haben, haben sich wirtschaftlich und politisch geöffnet.

Im Industrieland verlieren im Zuge der Produktionsverlagerungen in die Entwicklungsländer diejenigen Arbeitnehmer ihre Stelle, die in den importkonkurrierenden Branchen tätig sind. Diese sind jedoch – jetzt relativ zum Lohnniveau des hoch entwickelten Landes – schlecht bezahlt. Werden sie in die produktiveren Dienstleistungs- oder Exportsektoren integriert, profitieren auch diese Arbeitskräfte von der Globalisierung. Dazwischen liegen diverse Anpassungsprobleme und Umstellungsschwierigkeiten, die man jedoch offensiv und aktiv angehen kann. Strukturerhaltung nur um der Arbeitsplätze willen endet stets im Desaster, weil der technologische Fortschritt direkt und indirekt viel wichtiger für den Strukturwandel ist als die internationale Arbeitsteilung.

*Dass somit die Globalisierung der Märkte die globale Wohlfahrt erhöht, ist ökonomisch unangreifbar.*

*Strukturerhaltung nur um der Arbeitsplätze willen endet stets im Desaster.*

### Schlussfolgerungen und Empfehlungen

- Der patentierte Unsinn aus der Küche von Ideologen, Ignoranten und Interessenvertretern ist genauso zurückzuweisen wie die Gewaltanwendung der militanten Globalisierungsgegner.
- Die Befürworter aus Politik und Wirtschaft müssen ihren *Case* korrekt, konsequent und ehrlich führen. Also bitte weniger von *«Sachzwängen»* und *«sozialer Verantwortung»* schwadronieren und besser auf die Grenzen zwischen Markt und Staat achten.
- Die Nachteile der Globalisierung bei uns zu Hause müssen kreativ, innovativ und effizient angepackt werden. Den Verlierern kann und soll geholfen werden.
- Die reichen Ländern schaden den Entwicklungsländern nicht durch ihre liberale Politik, sondern durch ihren Protektionismus in der Landwirtschaft, der Textilbranche und vielleicht auch den übermässigen Schutz des geistigen Eigentums.
- Armut in der Dritten Welt und Ressourcenverschwendung in der Ersten Welt sind an den Wurzeln zu bekämpfen. Diese liegen aber nicht bei der Globalisierung. Deshalb tun die Anti-Globalisierer weder der Umwelt noch der Armutsbekämpfung einen Gefallen. ✦